



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> *Verhärtete Fronten zwischen PP und PSOE im ETA-Friedensprozess*

Aufgrund der geplanten Gespräche der baskischen Sozialisten mit dem verbotenen politischen Arm der



ETA, Batasuna, verkündete Oppositionsführer Mariano Rajoy (Foto) in der vergangenen Woche den „Abbruch aller politischen Beziehungen mit

der sozialistischen Regierung“ von Ministerpräsident Zapatero. Die geplanten Verhandlungen würden sich sowohl über das Verbot der Batasuna als auch über die Vereinbarungen des Anti-Terror-Paktes hinwegsetzen. Die Regierung mache es den Terroristen leicht, ihre politischen Ziele zu erreichen, so Rajoy in seiner Erklärung. Damit ist der Bruch zwischen Regierung und Opposition in der ETA-Frage, der sich in den letzten Wochen bereits angedeutet hatte, endgültig vollzogen. Die Volkspartei hat inzwischen angekündigt, mit allen Mitteln gegen ein mögliches Treffen der baskischen Sozialisten mit der illegalen ETA-Partei Batasuna vorzugehen. Sollten Gespräche stattfinden, droht die PP mit einer Strafanzeige

wegen Verabredungen mit einer terroristischen Vereinigung.

Nachdem es so aussah, als ob die Regierung ohnehin keinen besonderen Wert auf die Unterstützung der Volkspartei in der ETA-Frage legt, hat Ministerpräsident Zapatero die PP dann doch noch um ihre Zusammenarbeit gebeten. Zapatero wolle Oppositionsführer Rajoy täglich über die Entwicklungen im Friedensprozess unterrichten, hieß es. Zapatero selbst erklärte, die PP habe die demokratische Verpflichtung zum Dialog und zum Konsens mit seiner Regierung zurückzukehren, damit ein dauerhafter Friede im Baskenland zustande komme. Die Regierung versucht nun mit



aller Kraft, die Volkspartei mit in den Friedensprozess einzubinden. Innenminister Alfredo Pérez-Rubalcaba (Foto) sicherte der PP auch seinerseits zu, ihr

künftig alle Informationen, die den Friedensprozess mit der ETA betreffen, zukommen zu lassen. Der PSOE-Organisationssekretär José Blanco entschuldigte sich sogar bei der Volkspartei dafür, dass seine Partei die PP nicht im Vorfeld über das geplante Treffen mit der Batasuna informiert habe. Er fügte

jedoch hinzu, der ein oder andere Fehler seitens der PSOE rechtfertige keinesfalls eine Überreaktion der PP wie den Abbruch aller Zusammenarbeit im Friedensprozess. Bisher haben die Versuche, die Volkspartei wieder mit ins Boot zu holen, jedoch keine Früchte getragen. Rajoy antwortete, Zapatero sei Herr des Verfahrens. Grundsätzlich sei er zu einem Treffen bereit, frage sich aber, zu welchem Ergebnis das Ganze führen würde. Denn die Ansichten zwischen PP und PSOE seien so gegensätzlich, dass mit einer Einigung nicht zu rechnen sei, so Rajoy. Ein Treffen mache erst dann Sinn, wenn Zapatero bereit sei, seinen Kurs zu ändern. PP-Generalsekretär Ángel Acebes dankte der PSOE zwar für die Geste der Entschuldigung, lehnte ein Treffen mit der Batasuna aber weiterhin ab. Es handele sich nicht um einen formellen, sondern um einen grundsätzlichen Disput, so Acebes. Die Volkspartei werde keinem Treffen mit der Batasuna zustimmen, solange die ETA nicht aufgelöst sei und alle Waffen niedergelegt hätte. In einem Rechtsstaat dürfe man nicht mit Terroristen verhandeln.



Angesichts solch verhärteter Fronten scheint ein überparteilicher Konsens zur Beendigung des ETA-Terrors in weite Ferne gerückt. Dazu trug auch die Beteiligung der gesamten Führungsriege der PP unter Mariano Rajoy an der Großkundgebung des Verbandes

der Opfer des Terrorismus (AVT) am Samstag bei, an der laut Organisatoren knapp eine Million Demonstranten teilnahmen. Die Regierung sprach dagegen von lediglich 200.000 Protestlern. Die Demonstration, die unter dem Motto „Verhandlungen – Nicht in meinem Namen“ in Madrid stattfand, richtete sich gegen die geplanten Verhandlungen mit der ETA und forderte eine vollständige Aufklärung der Anschläge vom 11. März.

## >> **Polizei löst Batasuna- Pressekonferenz auf**

Auf Anordnung des Obersten Strafgerichts in Madrid hat die Polizei vergangene Woche eine Pressekonferenz der Batasuna über „Navarra im Prozess der Demokratisierung“ in Pamplona aufgelöst. Die ETA fordert, dass Navarra einem unab-



hängigen Baskenland eingegliedert wird. Batasuna-Führer Arnaldo Otegi (Foto) will die Legalisierung der Batasuna durchsetzen, um die Verhandlungen im Namen der ETA über eine Selbstbestimmung des Baskenlandes zu führen. Die Legalisierung der Batasuna ist jedoch nur dann möglich, wenn sie sich öffentlich und eindeutig von der Gewalt und dem Terrorismus distanziert. Dies ist bisher nicht geschehen; es kursieren jedoch Spekulationen, dass zwischen Regierung und Batasuna längst ein Drehbuch ausgearbeitet wurde, nachdem die Batasuna in

den nächsten Wochen öffentlich der Gewalt abschwören und noch in diesem Jahr den Sprung zurück in die Legalität schaffen könnte. Dann hätte die Regierung Zapatero einen legalen Verhandlungspartner, über den das definitive Ende des Terrorismus verhandelt werden könnte. Bislang steckt die Regierung jedoch in der schwierigen Lage, dass Batasuna einerseits als terroristische Vereinigung strafrechtlich verfolgt werden muss, aber als Ansprechpartner in den Verhandlungen mit ETA unabdingbar ist. Batasuna selbst nutzt diese Situation zu ständigen Provokationen wie die jüngste Pressekonferenz in Pamplona, um den Rechtsstaat zu testen und ihr Verbot de facto außer Kraft zu setzen. Das Einschreiten der Polizei gegen ihre Pressekonferenz in Pamplona wurde von der Batasuna scharf verurteilt. Die Verfolgung der Batasuna gefährde den Friedensprozess, erklärten Batasuna-Sprecher. Ausdrücklich begrüßt wurde dagegen das Gesprächsangebot der baskischen Sozialisten, das zum Bruch der Regierungspartei mit der Volkspartei geführt hatte.

## >> **GRAPO-Bandenchef festgenommen**



In der vergangenen Woche wurde der Anführer der linksextremen Terrorgruppe GRAPO (Antifascistische Widerstandsgruppe 1. Oktober), Juan García Martín, in der

Stadt Reus bei Tarragona von der Guardia Civil festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, in mehrere Raubüberfälle und die Ermordung der Ehefrau eines Unternehmers im Februar 2006 in Saragossa verwickelt zu sein. Die Regierung in Madrid hatte bislang die Existenz der GRAPO verneint, nachdem 2002 fast die gesamte Führung der katalanischen Terrorbande in Paris verhaftet worden war. Die Tatsache, dass neben García Martín noch zwei weitere Mitglieder der GRAPO festgenommen wurden, lässt Zweifel an dieser Sicht der Dinge aufkommen. Die oppositionelle Volkspartei wirft der Regierung vor, die Existenz einer weiteren Terrororganisation vertuschen zu wollen. Dabei sei die GRAPO weiterhin aktiv und erpresse wie die baskische ETA Schutzgelder und führe Raubüberfälle durch, um die Infrastruktur ihrer Terrororganisation zu finanzieren. Dem Terror der 1975 gegründeten GRAPO werden 88 Todesopfer zugeschrieben.

## >> **Vor dem Referendum in Katalonien**



Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Opina, die am 11. Juni in der Tageszeitung *El País* veröffentlicht wurde, ist die Annahme des neuen Autonomiestatus von Katalonien in dem Referendum am 18. Juni so gut wie sicher. 53,4 Prozent der Befragten wollen demnach für die Autonomie-

reform stimmen, nur 16,4 Prozent lehnten das neue Autonomiestatut ab. 23,4 Prozent zeigten sich noch unentschlossen oder wollten sich nicht festlegen. 98 Prozent der Katalanen ist bekannt, dass das Referendum am nächsten Wochenende stattfindet. Aber 51,4 Prozent der Befragten erklären, nicht genug Information über den Inhalt der Statutenreform zu haben, um ihr Votum festzulegen. Nichtsdestotrotz gaben 71 Prozent an, mit absoluter Sicherheit am Referendum teilnehmen zu wollen. Diese Werte liegen erfahrungsgemäß zu hoch. Es gilt als sicher, dass die Wahlbeteiligung letztendlich weit unter dieser Marke liegen wird.

Mit Blick auf die Parteien existiert lediglich bei der Volkspartei PP eine Mehrheit für das "Nein". 53,1 Prozent der PP-Anhänger lehnen das Statut ab. Selbst die Wähler der linksnationalistischen ERC, deren Führung für das "Nein" eintritt, weil ihr die neuen Autonomierechte nicht weit genug gehen, sind mehrheitlich für das Statut. 40,7 Prozent der ERC-Wähler sind für die Reform, nur 30,2 Prozent wollen der Empfehlung der Parteiführung folgend mit "Nein" stimmen. Was dies für die Zukunft der ERC-Führung nach dem Referendum heißt, ist noch nicht abzusehen. Insgesamt gilt die Annahme des neuen katalanischen Autonomiestatuts angesichts dieser Umfrageergebnisse als sicher.

Interessant ist daher vor allem, wie sich das Ergebnis anschließend auf die politischen Kräfteverhältnisse in Katalonien auswirkt. Denn nach-

dem die ERC sich entschieden hatte, für das "Nein" einzutreten, hat der sozialistische Regionalpräsident Pasqual Maragall die Linksnationalisten aus seiner Koalitionsregierung geworfen und Neuwahlen für Herbst dieses Jahres angekündigt. Seitdem wird seine Minderheitsregierung von der liberalchristdemokratischen CiU gestützt, die hofft, bei diesen Neuwahlen stärkste Partei zu werden und in einer Koalition mit den katalanischen Sozialisten den Regierungschef zu stellen. Auch in Madrid will die CiU in die Regierung eintreten - dort als Juniorpartner von Zapatero - und mit eigenen Ministern am Kabinetttisch vertreten sein. Ob dieser Schachzug so aufgeht, ist aber alles andere als sicher, denn die aktuelle Opina-Umfrage sieht die Sozialisten in der Sonntagsfrage vorne. Wären morgen in Katalonien Regionalwahlen, kämen die Sozialisten auf 33,5 Prozent und die CiU nur auf 30,5 Prozent. Zwar würde die Koalition voraussichtlich dieselbe werden; den Anspruch auf den Posten des Regionalpräsidenten könnte die CiU bei diesem Ergebnis aber kaum durchsetzen.

## >> **Afrika-Initiative für die EU-Ratstagung im Juni**

Spaniens Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (Foto), der französische Präsident Jacques Chirac und der portugiesische Ministerpräsident José Sócrates



wollen dem Europäischen Rat in Brüssel nächste Woche einen Antrag zum Ausbau der Beziehungen zwischen Europa und Afrika vorlegen. Es handelt sich bei den drei Ländern um jene, die nach eigenem Bekunden am meisten von dem ungebremsen Zustrom illegaler Einwanderer aus Afrika betroffen sind. Der Antrag soll die Notwendigkeit aufzeigen, den afrikanischen Kontinent in seiner Entwicklung von Stabilität und Wohlstand zu unterstützen. Es müssten Maßnahmen ergriffen werden, die zu einer Verbesserung der Lebenssituation in den einzelnen afrikanischen Staaten beitragen, damit die Einwohner nicht gezwungen seien, ihr Land zu verlassen. Nur so könne die illegale Zuwanderung langfristig eingedämmt werden.



Zeitungsberichten zufolge warten derzeit mehr als 80.000 Afrikaner an den Küsten, um nach Europa geschleust zu werden. In den kommenden Monaten sind diesbezüglich verschiedene Treffen zwischen Vertretern aus Europa und Afrika geplant. Unter anderem wird am 10. und 11. Juli eine von Spanien und Marokko organisierte Ministerkonferenz in Rabat stattfinden, die sich mit dem Problem der illegalen Zuwanderung beschäftigen wird.

## >> Wassernotstand in Spanien

Noch hat der Sommer gar nicht richtig begonnen, und schon herrscht mit Blick auf die Wasserversorgung Alarmstufe rot. Grund ist die extreme Trockenheit des vergangenen Jahres und die spärlichen Niederschläge, die nicht ausreichten, um die fast leeren Stauseen in den Wintermonaten wieder



zu füllen. Mit den ersten heißen Junitagen sind Spaniens Trinkwasserreserven erneut gesunken und erreichten den niedrigsten Stand, der in den letzten 10 Jahren Anfang Juni gemessen wurde. Nach Informationen des Umweltministeriums sind die Stauseen nur noch zu 56,5 Prozent gefüllt. Damit lägen die Wasserreserven im Juni 2006 bereits um mehrere 100.000 Kubikmeter unter den Wasserständen des gleichen Vorjahresmonats, als Spanien mit einer extremen Dürre zu kämpfen hatte. Verschärft würde die Situation durch den großen Wasserverbrauch und die vergleichsweise geringen Niederschläge auf der gesamten Halbinsel. Die Daten zeigten, dass die Wasserstände bereits die fünfte Woche in Folge gesunken seien. Angesichts dieser Situation sind Sparmaßnahmen und Begrenzungen in der Wasserversorgung – insbesondere in der Landwirtschaft – in den Sommermonaten wahrscheinlich.

## >> Proteste gegen Reformpläne der Regierung in Portugal



Der größte Gewerkschaftsverband in Portugal, CGTP, rief am 8. Juni unter dem Motto "Für Fortschritt bei der sozialen Sicherheit" zum "Nationalen Kampftag" gegen die Reformpläne der Regierung auf. Die CGTP, die Druck auf die sozialistische Regierung Sócrates ausüben will, verlangt, die Pläne zur Rentenreform und Reform des Öffentlichen Dienstes zurückzunehmen. Zudem forderte die Gewerkschaft, die von der Kommunistischen Partei PKP und dem Linksblock BE unterstützt wird, das Ende der Privatisierungspolitik, da diese tausende von Arbeitsplätzen gekostet habe, so die CGTP. In der Tat haben der Privatisierungskurs im Energiesektor, im Gesundheitswesen und die Einsparungen bei den öffentlichen Dienstleistungen Spuren hinterlassen. Die Privatisierung von Energias de Portugal (EDP) kostete beispielsweise 7.000 der 15.000 Arbeitsplätze. Auch die beabsichtigte Rentenreform, bei der die Höhe der Pensionen an die gestiegene durchschnittliche Lebenserwartung gekoppelt werden soll, stößt bei den Gewerkschaften auf heftigen Widerstand. Das Rentenniveau sei ohnehin schon viel zu niedrig, erklärten Gewerkschaftssprecher. Trotz der Proteste will Regierungschef José Socrates seinen Spar-

und Privatisierungskurs weiter fortsetzen. Die Reformen seien notwendig, um die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig zu machen, betonte er. Und um die Zukunft zu garantieren, müsse man den Generationenvertrag erneuern und dabei die Risiken und Kosten gerechter und ausgeglichener verteilen. Nur so könne man den portugiesischen Sozialstaat festigen und Nachhaltigkeit verleihen, verteidigte der Regierungschef seine Reformpolitik.

### Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.  
Außenstelle Madrid  
Inhaltlich Verantwortlich:  
Michael Däumer  
Zusammengestellt:  
Stefan Reith  
Manuel Loske  
Design: Normann Kreuter  
Postanschrift:  
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2  
28046 Madrid, Spanien  
Tel: (+34) 91 579 61 86  
Fax: (+34) 91 571 86 12  
Email: [kasmad@gmx.net](mailto:kasmad@gmx.net)  
Web: [www.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)